

Ausschnitt aus dem Kapitel:  
„Das Schicksal der Geringqualifizierten“:



*Lieber Herr Lafontaine,*

sollten Sie dieses Buch bis hierher gelesen haben, so dürfte Ihr Ärger gewaltig sein. Insbesondere die letzten Ausführungen werden Ihnen kaum gefallen haben, denn Sie haben oft genug den Menschen zu erklären versucht, dass der Zusammenhang zwischen Lohn und Beschäftigung ganz anders ist, als wir es dargestellt haben. Wahrscheinlich denken Sie, dass diese beiden ... Neoliberalen den wichtigsten Teil der Geschichte wieder einmal böswillig verschwiegen haben. In der Tat ist im letzten Abschnitt mit keinem Wort erwähnt, dass höhere Löhne zu höherer Nachfrage führen - und diesen Punkt werden Sie nicht müde zu betonen. Zu unserer Entschuldigung können wir natürlich darauf verweisen, dass wir uns bereits kurz mit dem Kaufkraftargument befasst haben. Aber unser Verweis auf die relativ konstante Lohnquote wird Sie kaum überzeugt haben. Vermutlich werden Sie dem entgegenhalten, dass andersherum ein Schuh daraus wird: Eben weil die Lohnquote nicht nachhaltig gestiegen ist, haben wir ein Arbeitsmarktproblem.

Dennoch bleiben wir dabei, dass es nicht an der fehlenden Nachfrage liegt, wenn in Deutschland immer mehr Menschen arbeitslos werden. Aber wir sehen ein, dass wir diesen Standpunkt noch besser begründen müssen. Auf den ersten Blick ist es natürlich ein schlagendes Argument, dass irgend jemand schließlich die Produkte kaufen muss, die im Arbeitsplatz schaffenden Aufschwung vermehrt produziert werden. Und dass dazu Einkommen notwendig ist, ist auch klar. Also, warum nicht mehr Einkommen schaffen? Fragt sich nur, was das eigentlich

bedeutet! Wenn wir an Einkommen denken, dann stellen wir uns Geld vor, eine prall gefüllte Lohntüte oder eine große schwarze Zahl auf dem Kontoauszug. Aber Geld ist nur eine Art Platzhalter, ein Ersatz für das, was eigentlich hinter dem Einkommen steckt: reale Güter. Geld berechtigt zum Tausch gegen Güter, nur deshalb sind wir so scharf darauf. Wodurch entsteht dieser Anspruch? Er entsteht dadurch, dass wir unsererseits eine reale Ware – unsere Arbeitskraft – dafür eingesetzt haben, ebenfalls reale Güter (im weitesten Sinne) zu produzieren. Einkommen zu besitzen bedeutet, dass man Güter gegen Güter tauscht. Das Geld ist nur eine Art Schmiermittel, das die Tauschvorgänge erleichtert. Manche sprechen auch vom Geldschleier, der über den tatsächlich relevanten realen Tauschvorgängen liegt. Die Schlussfolgerung daraus ist klar: Einkommen entsteht nur dadurch, dass etwas produziert wird, d.h. Einkommen setzt voraus, dass etwas entsteht, was für Menschen wertvoll ist und deshalb gegen andere Güter eingetauscht werden kann. Einkommen setzt damit Produktion voraus – nicht umgekehrt.

Nun werden Sie vielleicht einwenden, es gäbe jede Menge Einkommen schaffende Arbeit, die aber nicht zur Produktion von Gütern führt, die eingetauscht, d.h. verkauft werden. Beispielsweise verkaufen Lehrer nichts, ihre Schüler bekommen die Ausbildung geschenkt. Und viele Bezieher von Einkommen leisten überhaupt keinen Beitrag zur Produktion von irgendwas. Das ist zweifellos richtig. Aber bedenken Sie, woher diese Einkommen stammen! Ob das Gehalt von Lehrern, die Zahlung an den Rentner oder die Sozialhilfe für die allein erziehende Mutter, ja selbst das Einkommen der Politiker, alles wird letztlich aus dem Einkommen finanziert, das in den Unternehmen erwirtschaftet wird. Solange man nicht über Bodenschätze verfügt, die man ausbeuten kann, ist die Wertschöpfung in Unternehmen die einzige Quelle für jedwedes weitere Einkommen. Weil das so ist, fällt es schwer, daran zu glauben, man könne die Produktion steigern, indem man erst die Einkommen erhöht.

Wenn Ihnen dieses Argument zu wenig konkret ist, haben wir noch ein paar weitere. Das erste liegt auf der Hand. Wenn ein Euro aus der Wertschöpfung eines Unternehmens nicht für eine Lohnzahlung verwendet wird, sondern im Unternehmen bleibt - was geschieht dann mit ihm? Wird er irgendwo gehortet und fällt als Nachfrage deshalb aus? Wohl kaum. Landet er auf einem Schweizer Nummernkonto? In seltenen Fällen. Aber auch dann wird er dort nicht bleiben, sondern von der Bank als Kredit an Unternehmen verliehen, die dafür Maschinen und Anlagen kaufen. Er kann auch als Gewinn an die Eigentümer des Unternehmens ausgeschüttet werden. Dann entsteht aber die Nachfrage bei diesen, und selbst wenn die Aktionäre einen höheren Anteil ihres Einkommen sparen als die Arbeitnehmer, schwächt das nicht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, denn über den Kapitalmarkt wird die Ersparnis wieder an kreditnachfragende Unternehmen zurückgeschleust.

In der Regel wird der Euro aber vom Unternehmen direkt eingesetzt. Unternehmen investieren, kaufen Rohstoffe und Halbfertigwaren, bezahlen Dienstleistungen und beschäftigen das Handwerk. Kurz und gut, sie entfalten Nachfrage. Wird der Euro als Lohn ausgezahlt, entfällt diese Nachfrage, dafür entsteht Nachfrage des Lohnempfängers. Welche größer ist bleibt zunächst offen.

Was geschieht mit dem Euro, wenn er als Lohn ausgezahlt wird? Ein erheblicher Teil davon wandert zunächst in die Staatskasse, bleibt dort aber nicht lange, sondern wird an Bezieher von Transfereinkommen ausgezahlt oder für Investitionen eingesetzt. Was geschieht mit dem Rest? Gehen wir der Einfachheit halber davon aus, dass er vollständig ausgegeben wird. Wofür? Zu einem erheblichen Teil für Güter, die nicht in Deutschland produziert werden. Die Nachfrage, die durch den Lohn geschaffen wurde, wird also unter Umständen in Japan oder den USA wirksam. Es bleibt also tatsächlich nur ein sehr kleiner Teil übrig, der die Nachfrage schafft, von der immer die Rede ist. Jetzt wenden Sie mit Sicherheit ein, dass der Euro, der nun in den Taschen eines Japaners oder Amerikaners liegt, ja nur in Euroland wieder ausgegeben werden kann

(unter Umständen erst nach vielen Umwegen) und damit doch wieder hier Nachfrage schafft. Aber mit der Einführung des Euro bedeutet das nicht mehr, dass höhere Löhne deutscher Arbeitnehmer zu mehr Nachfrage nach deutschen Produkten führen, sondern zu mehr Nachfrage nach europäischen Waren. Und hier schließt sich der Kreis. Wenn unsere europäischen Nachbarn billiger produzieren können, weil sie niedrigere Löhne zahlen, dann werden diese Güter gekauft und nicht die deutschen Waren.

Von besonderer Bedeutung ist das zuletzt genannte Argument für die neuen Bundesländer. Deren Problem besteht vor allem darin, zu wenige Unternehmen zu haben und vor allem kaum Unternehmen, die handelbare Güter herstellen. Das bedeutet, dass die private Konsumnachfrage, die durch Lohnerhöhungen in den neuen Ländern geschaffen wird, zum überwiegenden Teil zu Nachfrage nach Gütern führt, die nicht in Ostdeutschland produziert werden. Die höhere Nachfrage nach Konsumgütern wird deshalb auch nicht dazu führen, dass sich mehr Unternehmen in Ostdeutschland niederlassen, denn die Standortentscheidung hängt bei handelbaren Gütern zuallererst von den Bedingungen ab, die für die Produktion am jeweiligen Standort herrschen, also von den Kosten, der Verfügbarkeit von Arbeitskräften und so weiter. Sie hängt nicht ab von der Nachfrage am Produktionsstandort.

Es sei nicht verschwiegen, dass es tatsächlich Situationen geben kann, in denen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu schwach ist. Japan befand sich bis vor kurzem in einer solchen. Sie entsteht dann, wenn die Preise fallen und das nominale Zinsniveau sehr niedrig ist. In einer solchen Situation wird sehr viel gespart, weil die Konsumenten erwarten, in Zukunft mehr für das gleiche Geld kaufen zu können. Gleichzeitig fragt der Unternehmenssektor trotz niedriger Zinsen nicht genug Kredite nach, weil es sich wegen der Kaufzurückhaltung nicht lohnt zu investieren. Wenn dann auch noch der Export schwächelt, etwa weil die heimische Währung überbewertet ist, hat man es mit einer Deflation zu tun, wie sie Japan heimsuchte. Dann nehmen die Unternehmen keine

Kredite auf, sondern sind Nettosparer! Die Folge ist, dass der private Konsum und die Investitionen zusammen genommen kleiner sind als die inländische Produktion. Das ist solange kein Problem, solange das Ausland den Überhang nachfragt, d.h. ein entsprechend hoher Leistungsbilanzüberschuss besteht. Das war in Japan nicht der Fall. So musste der Staat die überschüssige Produktion nachfragen, indem er sich verschuldete. Schuld an der Misere waren die fallenden Preise und die niedrigen Zinsen bei schwacher Weltmarktnachfrage. In Deutschland sind wir zum Glück von einer solchen Deflation noch ein ganzes Stück entfernt. Die Unternehmen sind Nettokreditnachfrager und der Außenhandelsüberschuss wächst zusehends, die Zinsen sind höher als in Japan und die Preise steigen statt zu fallen. Die „Deutsche Krankheit“ unterscheidet sich von der japanischen.

Haben wir Sie überzeugt, Herr Lafontaine?

